



Menschenhandelskonferenz in Wien: Außenminister Sebastian Kurz, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und der Generalsekretär des Europarats Thorbjørn Jagland.

„Moderne Sklaverei“

Expertinnen und Experten berieten bei einer Konferenz in Wien Strategien und Maßnahmen gegen den weltweiten Menschenhandel.

Sie arbeiten als Haushaltshilfen, in Restaurants, auf Baustellen oder auf der Straße. Mit falschen Versprechungen, wie Arbeitsangeboten und einem guten Einkommen, werden sie ins Ausland gelockt und arbeiten dort möglicherweise nicht aus freien Stücken. Menschenhandel und Sklaverei – das klingt für viele wie ein Relikt aus vergangenen Zeiten, doch noch heute leben weltweit Millionen Menschen unfrei und werden ausgebeutet.

„Menschenhandel ist moderne Sklaverei. Es ist ein Verbrechen, bei dem fundamentale Menschenrechte mit Füßen getreten werden“, sagte Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner bei der Eröffnung der Konferenz „Not for Sale – Joining Forces Against Trafficking in Human Beings“, die am 17. und 18. Februar 2014 anlässlich des österreichischen Europaratsvorsitzes und des Schweizer Vorsitzes in der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)* organisiert wurde.

Im Zentrum der hochrangigen Veranstaltung in der Wiener Hofburg standen die aktuellen Herausforderungen, denen sich die internationale Gemeinschaft im Kampf gegen den Menschenhandel stellen muss.

In der zweitägigen Konferenz wurden in vier Expertenpanels Möglichkeiten zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit diskutiert sowie konkrete Maßnahmen und Instrumente erörtert, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Der Handel mit der „Ware Mensch“ ist stark verbreitet und jedes Land ist betroffen. Menschenhandel finde „miten in unseren Städten und Dörfern statt“, sagte die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Simonetta Sommaruga. „Die Herausforderung für die Zielländer besteht darin, die Opfer zu identifizieren und die Täter konsequent zu verfolgen. Wir müssen uns national und international vernetzen und unsere Kräfte

bündeln, um erfolgreich im Kampf gegen dieses Verbrechen zu sein.“ In vielen Fällen spiele die Polizei eine entscheidende Rolle, etwa bei der Identifizierung und Befreiung von Opfern. Häufig seien Polizeibeamte die Ersten, die mit Ausgebeuteten zusammentreffen, betonte Innenministerin Mikl-Leitner. „Wir sind uns unserer Verpflichtung bewusst, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Die Täter gehören hinter Schloss und Riegel, und die Opfer brauchen unseren Schutz und unsere Unterstützung.“ Das österreichische Innenministerium hat sich in den letzten Jahren besonderes Expertenwissen im Kampf gegen Menschenhandel erarbeitet. Bei der Identifizierung von Opfern arbeitet die Polizei seit über 15 Jahren mit LEFÖ-IBF, der Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels zusammen.

Das Geschäft mit der „Ware Mensch“ zählt neben dem Waffenhandel und Drogenhandel zu den weltweit lukrativsten illegalen Wirtschaftszwei-

UNIFORM

Bayerns Polizei testet österreichische Uniform

Die bayerische Polizei erhält bis Ende 2016 eine neue Polizeiuniform. Die derzeitige Uniform wurde 1972 eingeführt und entspricht nicht mehr den Anforderungen hinsichtlich Stoffqualität, Funktionalität, Tragekomfort und Schnitt.

In einem Vorauswahlverfahren wurden von 550 bayerischen Polizistinnen und Polizisten bis Mitte März 2014 Uniformgarnituren aus Deutschland, der Schweiz und Österreich bewertet. 78 Prozent der Befragten bewerteten die österrei-



Die Uniform der österreichischen Bundespolizei wird ab Sommer in Bayern getestet.

chische Einsatzuniform als die beste; 44 Prozent hielten die österreichische Repräsentationsuniform für die optimale Uniform. Dieses Ergebnis wurde von textiltechnischen und polizeifachlichen Bewertungen bestätigt.

Langer Praxistest. 500 Polizeibedienstete und 100 Justizwachebedienstete werden vom Sommer 2014 bis Frühjahr 2015 unter anderem die österreichische Einsatz- und die Repräsentationsuniform testen und bewerten.

Am 17. März 2014 informierten Richard Mock, Leiter des Referats IV/4/c (Massafonds) im BMI, Ali Eken und Barbara Balog vom Bekleidungswirtschaftsfonds sowie Brigadier Siegfried Gundel von der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit die Projektgruppe in München über das österreichische Uniformkonzept, die Tragbarkeit der Führungs- und Einsatzmittel und die Beschaffungs- und Ausstattungsabläufe.



Annerkennungsdekret für Kärntner Polizistin für ihren Einsatz im Kampf gegen den Menschenhandel: Justiz- und Polizeiministerin Simonetta Sommaruga (Schweiz), Revierinspektorin Annemarie Herzl, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Außenminister Sebastian Kurz.

gen. Das Risiko, bestraft zu werden, gilt als gering, obwohl 21 Millionen Menschen weltweit von Menschenhandel und Zwangsarbeit betroffen sind. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge setzen Menschenhändler pro Jahr 32 Milliarden US-Dollar um.

Opferzentrierter Ansatz. „Es gibt noch viel zu tun, damit sich Menschenhandel in Zukunft nicht mehr lohnt“, erklärte Außenminister Sebastian Kurz. „Menschenhandel kann nur auf globaler Ebene und im internationalen Kontext bekämpft werden. Ein Schritt wurde bereits mit der Europarats-Konvention gesetzt, die die Menschenrechte der Opfer ins Zentrum rückt. Der opferzentrierte Ansatz ist für die strafrechtliche Verfolgung dieses Delikts unverzichtbar.“

Europaratskonvention. Vor der Konferenz hat die Expertengruppe des Europarats für die Bekämpfung des Menschenhandels 30 Staaten hinsichtlich des Umsetzungsstandes der Europaratskonvention gegen Menschenhandel evaluiert. Europarat-Generalsekretär Thorbjørn Jagland sagte unter Bezugnahme auf einige Ergebnisse der Evaluierung: „Zwar sind klare Fortschritte in der Bekämpfung des Menschenhandels erzielt worden, doch liegen noch große Herausforderungen vor uns, etwa die Unterstützung besonders schutzbedürftiger Gruppen, wie Roma, Verbesserungen in der Opferidentifizierung

und Opferschutz, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen Akteuren sowie mit der Zivilgesellschaft, die bei der Identifizierung eine zentrale Rolle spielen können. Denn kein Land, keine Regierung, keine Organisation kann diese Herausforderung alleine meistern.“

OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier betonte die Wichtigkeit von Partnerschaften und das Potenzial einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen Europarat und der OSZE. „Die Konferenz bietet eine gemeinsame Plattform für den weiteren Dialog und Austausch von Best Practices, sowie um Synergien zu schaffen und bestehende Kooperationen bestmöglich zu nützen“, sagte Zannier.

Auszeichnung. Innenministerin Mikl-Leitner überreichte bei der Konferenz der Polizistin Mag. Annemarie Herzl ein Anerkennungsdekret für ihren Einsatz im Kampf gegen den Menschenhandel. Ihr gelang es 2012, eine Frau aus Georgien, die von Menschenhändlern in der Türkei zur Prostitution gezwungen worden war, zu befreien und in einer Opferschutzeinrichtung Österreich unterzubringen. Herzl ist seit Jahren im Ermittlungsbereich Menschenhandel/Schlepperei im Landeskriminalamt Kärnten tätig und für die Bearbeitung von Delikten in den Bereichen Rotlicht und Schlepperei zuständig. Sarah Schwarz

FOTOS: ALEXANDER TUMA, EGON WEISSHEIMER